

Liebe Ratsuchende, liebe Kolleg_innen, liebe Interessierte,

heute erhalten Sie/erhaltet ihr unsere Stellungnahme zum antisemitischen Anschlag in Hamburg.

Am Sonntag würde in der Synagoge in Hamburg Eimsbüttel Sukkot gefeiert. Ein 26-jähriger Student wurde brutal am Kopf schwerverletzt. Der antisemitische Anschlag erschüttert uns Hamburger_innen zutiefst. Wir hoffen, dass es dem Betroffenen und seinen Angehörigen den Umständen entsprechend gut geht. Wir wünschen ihm schnelle Genesung und seiner Familie sowie den Zeug_innen und allen weiteren Gemeindemitgliedern viel Kraft. Unsere Solidarität mit allen Betroffenen von Antisemitismus bleibt ungebrochen.

Der Angriff macht wiederholt schmerzhaft deutlich, dass jüdisches Leben in Deutschland und auch in Hamburg akut gefährdet ist. Der terroristische Anschlag in Halle ist in wenigen Tagen ein Jahr her. Am vergangenen Wochenende gab es auch in anderen Orten, beispielsweise Berlin, Wetzlar und Halle weitere antisemitische Vorfälle. Es darf nicht als Zufall verstanden werden, dass an einem jüdischen Feiertag jüdisches Leben auch in Hamburg angegriffen wird. Der Täter trug Militärkleidung und hatte Hakenkreuzzeichnungen in der Tasche. Auch wenn die einzelnen Hintergründe und Abläufe und Vernetzungen des Täters nicht abgeschlossen untersucht sind, muss diese Tat ohne weiteres als antisemitischer Anschlag verstanden werden. Dass der Täter eine Synagoge als Ort aufsucht spricht für seine Zielsetzung. Unabhängig davon welchen Hintergrund der Täter hat, es bleibt eine antisemitisch motivierte Gewalttat.

Unser Schmerz nach diesem Anschlag ist gepaart mit Sorge, denn wir wissen, dass das antisemitische gesellschaftliche Klima weitere Täter_innen ermutigen wird. Wir wissen, dass täglich antisemitische Gewalttaten in ihren offenen und subtilen Formen verübt werden. Es bleibt erschreckend, mit welchen Gewalterfahrungen Juden und Jüd_innen in Hamburg zu kämpfen haben. Seit unserem Projektbeginn im Jahr 2015 vermerken wir empower gravierende Fälle von Antisemitismus, rechter Gewalt und Rassismus in Hamburg. Abwehr, Verschiebung oder Verlagerung des Antisemitismus führen zu Verharmlosungen und Dethematisierung auch in Hamburg. Die gesamtgesellschaftlichen Strukturen führen immer wieder dazu, dass antisemitische Gewalttaten stattfinden.

Auch in Hamburg müssen wir uns die Frage stellen, welche Konsequenzen aus der Geschichte und den jüngsten Anschlägen genommen werden müssen.

Es muss möglich werden, dass Juden und Jüd_innen in Hamburg weiterhin Räume für sich gestalten können. Die gesamte Gesellschaft ist gefordert gegen Antisemitismus vorzugehen. Worte oder kurze anhaltende Thematisierungen von Antisemitismus reichen nicht aus. Antisemitismus ist ein zentrales Element des Rechtsextremismus. Nicht selten taucht dieses mit einem deutlichen Bezug zum Nationalsozialismus auf. Zudem verbreiten sich wie in den letzten Jahren und Monaten massiv rechtsextreme Verschwörungserzählungen, die Neuauflagen alte antisemitische Ressentiments abbilden.

Die zuspitzenden gesamtgesellschaftlichen Debatten bis hinein in den politischen Parteien und die parlamentarischen Wegbereiter haben für solche Angriffe den Boden bereitet und Antisemitismus normalisiert und salonfähig gemacht. Das muss sich ändern. Es kann nicht angehen, dass wir Menschen zumuten, in einer Gesellschaft Angst um ihr Leben zu haben. Das Ziel kann nicht allein das Überleben sein.

Es darf nicht passieren, dass die Gesellschaft diese Ereignisse schnell mit weiteren Themen überlagert. Der Blick der Öffentlichkeit muss auf die Gefahren des Antisemitismus gerichtet und die notwendigen Prävention und Interventionen stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Symbolische Solidarität ist für Betroffene zwar ein notwendiger Schritt aber bei weiten nicht ausreichend. Es besteht ein Unterschied zwischen Worten und konkreten Maßnahmen. Hamburg brauche weiterhin konkrete Maßnahmen, die Wiederholungen verhindern, die präventiv wirken und schnelle Unterstützungen und Interventionen ermöglichen

Wir müssen institutionell und strukturell Antisemitismus hinterfragen und konkrete Handlungen und Maßnahmen dagegen umsetzen. Es braucht nachhaltige politische Maßnahmen. Politik und Justiz

müssen Antisemitismus ernst nehmen und dabei müssen die Perspektiven und Forderungen der Angegriffenen und Bedrohten im Mittelpunkt stehen.

Als Hamburger Betroffenen Beratungsprojekt wollen wir gerne auch auf diesem Wege mitteilen, dass Betroffene, Familienangehörigen und Zeug_innen sich bei uns melden können zur direkten Beratung und Unterstützung.

Sie erreichen uns unter: 040 28401667 sowie unter empower@hamburg.arbeitundleben.de

Ausschließlich für Hebräisch sprachige Beratungsbedarfe sind wir auch erreichbar unter:
01705549759

Mit solidarischen Grüßen,
Team empower

